



Entschieden voranschreiten, niemanden zurücklassen.**Impulspapier des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung anlässlich der Tagung des „High-level Political Forum on Sustainable Development“ der Vereinten Nationen**

Am 27. September 2015 hat die UN-Generalversammlung die Agenda 2030 mit den neuen globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, den „Sustainable Development Goals“ (SDGs), beschlossen. Die 17 Ziele verbinden Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsaspekte und lösen die 2001 verabschiedeten Millenniumsentwicklungsziele ab. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) begrüßt das Engagement der Bundesregierung bei den multinationalen Verhandlungen und fordert sie nunmehr auf, eine qualitative und ambitionierte Umsetzung der SDGs national wie international voranzutreiben.

Die deutsche Bundesregierung hat sich mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für einen bewährten und gleichzeitig anpassungsfähigen Rahmen für die Umsetzung der SDGs entschieden. Der PBnE betont deshalb noch einmal die große Bedeutung des aktuellen Fortschreibungsprozesses. Hierbei muss eine Balance gefunden werden zwischen der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in ihrer Gesamtheit und einer effektiven Schwerpunktsetzung entsprechend der besonderen Verantwortlichkeiten, Fähigkeiten und Entwicklungsbedarfe Deutschlands.

Eine ambitionierte Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele verlangt, die bestehenden Problemfelder *in* Deutschland, *durch* Deutschland und *mit der Unterstützung* Deutschlands in der Welt mit Nachdruck anzugehen. Zentral hierfür ist, dass Deutschland stärker als bisher für die Kohärenz seiner Politiken Sorge trägt, sowohl mit Blick auf den nationalen Rahmen als auch auf die Auswirkungen deutscher Politik jenseits der Grenzen. Deutschland ist für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs gut aufgestellt und sollte diese Position nutzen, andere auf ihrem Weg hin zu nachhaltigen Entwicklungs- und Lebensweisen zu unterstützen. Aber auch in Deutschland besteht nicht selten eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, etwa beim Ziel der Dekarbonisierung, dem Schutz der Biodiversität, der Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsumweisen sowie der zukunftsfähigen Gestaltung unserer Städte. Den Schwung der Agenda 2030 sollte Deutschland dazu nutzen, stärker als bisher internationale Verantwortung zu übernehmen für Frieden und gute Regierungsführung, für die Schaffung guter Arbeit weltweit, eine verantwortliche Handels- und Steuerpolitik sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards entlang der Lieferketten. Diese Ansätze leisten auch einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Bekämpfung von Fluchtursachen.

Die Ziele der SDGs gehen jeden etwas an. „Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“, so steht es in der Präambel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Deshalb sollten die von der Verabschiedung der SDGs ausgehenden Impulse auch intensiv genutzt werden, um weitere, neue Akteure zu mobilisieren. Hier ist das Bundeskanzleramt als federführendes Ressort der Nachhaltigkeitspolitik besonders gefragt. So gilt es,



Abstimmungsprozesse und Nachhaltigkeitsmanagement innerhalb sowie zwischen den Bundesressorts zu verbessern. Der PBnE spricht sich unter anderem dafür aus, zu diesem Zweck Nachhaltigkeitsbeauftragte auf Ebene der Abteilungsleiter oder Unterabteilungsleiter aller Bundesressorts einzurichten. Hierbei muss gesichert sein, dass diese vor allem koordinierend wirken können. Auch die Verantwortlichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene müssen geklärt werden. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit mit Nachhaltigkeitsinitiativen und Engagierten vor Ort in den Städten und Kommunen intensiviert werden. Der PBnE begrüßt deshalb die Einrichtung von vier „Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit“ (RENN) in Deutschland, die mit einer Leitstelle beim Rat für Nachhaltige Entwicklung unterstützt und koordiniert werden.

Bei der Verabschiedung der Agenda 2030 hat sich Deutschland bereit erklärt, als einer der ersten Staaten dem Hocharangigen Politischen Forum für Nachhaltiger Entwicklung (High-level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) zu berichten. Der PBnE begrüßt diese Entscheidung, weil die Bundesregierung damit ein Zeichen dafür setzt, welchen hohen Stellenwert Nachhaltigkeit als politisches Leitmotiv in Deutschland hat. Sitzungsverlauf und Ausgestaltung der Präsentationen der ersten Berichtsgruppe von insgesamt 22 Mitgliedsstaaten - darunter China, Marokko, Mexiko und Türkei - sind bislang noch an vielen Stellen offen. Diese erste Sitzung des HLPF vom 11. bis 20. Juli 2016 zum Thema „Ensuring that no one is left behind“ sollte daher als Chance genutzt werden, nicht nur Stand und Planung der Umsetzung in Deutschland mit seinen Erfolgen und Herausforderungen transparent abzubilden, sondern sich als verlässlicher, glaubhafter Partner und Motor einer erfolgreichen Umsetzung der Agenda 2030 weltweit anzubieten. Ein starkes Überprüfungs- und Berichtsverfahren auf internationaler Ebene ist ein zentraler Faktor, von dem der Erfolg der Umsetzung abhängen wird. Der PBnE begrüßt deshalb ausdrücklich, dass sich Deutschland auf UN-Ebene klar für eine breite Berichterstattung ausspricht und mit gutem Beispiel vorangehen will. Es gilt, ein „Rosinenpicken“ zu vermeiden. Der PBnE fordert daher alle Bundesressorts auf, sich der Verantwortung für die Umsetzung nicht nur der sie betreffenden SDGs, sondern der Agenda 2030 insgesamt bewusst zu sein und sich konstruktiv an der Erarbeitung des HLPF-Berichts zu beteiligen.

Darüber hinaus darf die Rolle der Parlamente nicht außer Acht gelassen werden. Denn die Umsetzung der Agenda 2030 ist ausdrücklich nicht nur Aufgabe der Regierungen, sondern erfordert die Beteiligung unterschiedlicher Akteure. Es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete, auf eine kohärente deutsche Nachhaltigkeitspolitik hinzuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass Gesetze eine nachhaltige Entwicklung fördern. Um ein starkes Zeichen für die Verantwortung der Parlamente sowie für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Parlamenten und Regierungen weltweit zu setzen, spricht sich der PBnE für die Einbindung von Abgeordneten auch in den internationalen Berichts- und Überprüfungsprozess aus.

Wesentlicher Bestandteil des SDG-Umsetzungsprozesses ist die Verabschiedung von geeigneten globalen und nationalen Indikatoren, deren regelmäßige Überprüfung sowie gegebenenfalls Anpassung bzw. Weiterentwicklung. Der PBnE unterstützt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen des internationalen Indikatorenprozesses und fordert die Bundesregierung auf, auch bei der laufenden Festlegung von Indikatoren für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Botschaft der 2030-Agenda insgesamt gerecht zu werden und die angestrebte ambitionierte Umsetzung durch geeignete Indikatoren zu fördern. Der PBnE unterstützt weiterhin die Bemühungen, die Strukturen zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Agenda 2030 in der Bundesregierung, insbesondere die Prozesse der Indikatorenentwicklung und -messung, auch durch mehr personelle Kapazitäten zu stärken.